

17.4.2004

**Diplomstudiengang Betriebswirt/in (VWA) – Schwerpunkt Gesundheitsmanagement
1. Semester SS 2004**

**Gliederung zur Vorlesung BGB – ALLGEMEINER TEIL
Dr. Gernot Wirth**

1. ABSCHNITT: Einführung in das Privatrecht

§ 1 Privatrecht und Öffentliches Recht

- I. Das innerstaatliche Normensystem
- II. Abgrenzung Privatrecht und Öffentliches Recht

§ 2 Gliederung des Privatrechts

- I. Bürgerliches Recht
- II. Sonderprivatrechte

§ 3 Rechtsquellen des Bürgerlichen Rechts

- I. Begriff der Rechtsquelle
- II. Rechtsquellen des Bürgerlichen Rechts (*u.a. Überblick über das BGB*)
- III. Entstehung und Merkmale des Bürgerlichen Rechts

2. ABSCHNITT: Grundbegriffe des Privatrechts

A. Der Kaufvertrag und seine Erfüllung

§ 4 Die Rechte und Pflichten aus einem Kaufvertrag

- I. Die Verkäufer–Käufer–Beziehung
 - 1. Rechtsgeschäftliche Begründung (*u.a. Rechtsbegriffe Willenserklärung, Rechtsgeschäft und Vertrag*)
 - 2. Der Kaufvertrag als schuldrechtliches Verpflichtungsgeschäft
 - a) Begriff des Verpflichtungsgeschäfts
 - b) Die Pflichten des Verkäufers und des Käufers (*u.a. Unterschied zwischen Eigentum und Besitz*)
- II. Die Subjekte und Objekte beim Kaufvertrag
 - 1. Subjekte des Kaufvertrags (*Natürliche und juristische Personen sowie rechtsfähige Personengesellschaften*)

2. Objekte des Kaufvertrags (*Sachen, Rechte und sonstige Gegenstände*)

§ 5 Die Erfüllung des Kaufvertrags

- I. Die Erfüllung des Verpflichtungsgeschäfts durch Verfügungsgeschäfte (*u.a. Abstraktions- und Trennungsprinzip*)
- II. Erfüllung des Sachkaufs
 1. Kaufvertrag über bewegliche Sachen (*Übereignung nach § 929 S. 1 BGB*)
 2. Kaufvertrag über unbewegliche Sachen (*Übereignung nach §§ 873, 925 BGB*)
- III. Erfüllung des Rechtskaufs (*Abtretung nach §§ 398, 413 BGB*)
- IV. Rückabwicklung der Verfügungsgeschäfte bei Mängeln des Verpflichtungsgeschäfts durch das Institut der ungerechtfertigten Bereicherung (Kondiktion)
 1. Der Grundtatbestand der ungerechtfertigten Bereicherung § 812 Abs. 1 BGB
 2. Bedeutung und Inhalt der Kondiktionsansprüche

B. Schadensersatz aus unerlaubter Handlung (Delikt)

§ 6 Der Grundtatbestand der unerlaubten Handlung § 823 Abs. 1 BGB

- I. Tatbestandsmäßigkeit = Verletzung eines absoluten geschützten Rechts oder absoluten geschützten Rechtsguts (*u.a. Unterscheidung absolute und relative Rechte, insbesondere von Eigentum und Vermögen*)
- II. Rechtswidrigkeit und Rechtfertigungsgründe
 1. Notwehr und Nothilfe § 227 BGB
 2. Notstand
 - a) Defensiver Verteidigungsnotstand § 228 S. 1 BGB
 - b) Aggressiver Einwirkungsnotstand § 904 S. 1 BGB
 3. Sonstige Rechtfertigungsgründe
- III. Verschulden
 1. Verantwortlichkeit/ Zurechnungsfähigkeit (Deliktsfähigkeit)
 2. Schuldformen Vorsatz und Fahrlässigkeit
- IV. Kausalität
 1. Haftungsbegründende Kausalität
 2. Haftungsausfüllende Kausalität (Schadensersatzrecht)

§ 7 Weitere Tatbestände des Deliktsrechts

- I. Verletzung eines Schutzgesetzes § 823 Abs. 2 BGB
- II. Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung § 826 BGB

3. ABSCHNITT: Willenserklärung und Vertrag

§ 8 Die Willenserklärung

- I. Nochmals: Definition der Begriffe Willenserklärung, Rechtsgeschäft und Vertrag

- II. Bestandteile einer Willenserklärung
 - 1. Innerer subjektiver Tatbestand einer Willenserklärung: Der Wille
 - a) Der Handlungswille
 - b) Das Erklärungsbewusstsein
 - 2. Äußerer objektiver Tatbestand einer Willenserklärung:
 - a) Die Erklärung
 - b) Die Bedeutung des Schweigens im Rechtsverkehr
- III. Das Verhältnis von Wille und Erklärung
- IV. Die Auslegung von Willenserklärungen
- V. Die Abgabe von Willenserklärungen
- VI. Der Zugang von Willenserklärungen

§ 9 Allgemeines Vertragsrecht

- I. Die privatrechtliche Vertragsfreiheit und ihre Grenzen (Grundsatz der Privatautonomie)
 - 1. Die rechtsgeschäftliche Entschließungsfreiheit (Abschlussfreiheit)
 - 2. Inhaltsfreiheit (*u.a. zwingendes und dispositives Recht*)
 - 3. Aufhebungs- und Änderungsfreiheit
- II. Vertragsschluss durch Angebot und Annahme
 - 1. Das Angebot
 - a) Die Bindungswirkung des Angebots
 - b) Grundsatz der Bestimmtheit des Angebots
 - c) Ausnahmen vom Bestimmtheitsgrundsatz (*u.a. Wahlschuld, Ersetzungsbefugnis und offerte ad incertas personas sowie invitatio ad offerendum*)
 - 2. Die Annahme des Angebots
- III. Einigungsmängel
 - 1. Offener Dissens § 154 Abs. 1 BGB
 - 2. Versteckter Dissens § 155 BGB
 - a) Verdeckte Unvollständigkeit und beidseitiger Erklärungsdissens
 - b) Scheinkonsens beim Gebrauch objektiv mehrdeutiger Begriffe
 - c) Einigung trotz falscher Bezeichnung (*falsa demonstratio non nocet*)

§ 10 Die Einschränkung der Vertragsfreiheit durch Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- I. Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
- II. Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse und sonstiger Rechtsgeschäfte durch Allgemeine Geschäftsbedingungen
 - 1. Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB
 - 2. Einbeziehung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag §§ 305, 305a, 310 Abs. 1 und 4 BGB
 - 3. Inhaltskontrolle nach §§ 309, 308 und 307 BGB (*u.a. Prüfungsfolge und Verbot der geltungserhaltenden Reduktion sowie Schranken bei leistungsbestimmenden/ –beschreibenden Klauseln*)
 - 4. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit einer Klausel § 306 BGB
 - 5. Widersprechende Allgemeine Geschäftsbedingungen

4. ABSCHNITT: Nichtigkeit von Willenserklärungen und Rechtsgeschäften

§ 11 Nichtigkeit und Unwirksamkeit

- I. Begriff der Nichtigkeit und Abgrenzung zur Unwirksamkeit
 - 1. Nichtigkeit
 - 2. Unwirksamkeit
- II. Teilnichtigkeit § 139 BGB
- III. Umdeutung § 140 BGB

§ 12 Nichtigkeit in der Person des Erklärenden

- I. Begriff der Rechtsfähigkeit
- II. Geschäftsfähigkeit
 - 1. Begriff der Geschäftsfähigkeit
 - 2. Geschäftsunfähigkeit § 104 f. BGB
 - a) Geschäftsunfähigkeit §§ 104 und 105 Abs. 1 BGB
 - b) Geschäfte des täglichen Lebens volljähriger Geschäftsunfähiger § 105a BGB
 - c) Vorübergehende Störung der Geistestätigkeit § 105 Abs. 2 BGB
 - 3. Beschränkte Geschäftsfähigkeit §§ 106 ff. BGB
- III. Exkurs: Verantwortlichkeit/ Zurechnungsfähigkeit (Schuldfähigkeit)
 - 1. Begriff der Zurechnungsfähigkeit
 - 2. Unzurechnungsfähigkeit §§ 276 Abs. 1 S. 2, 827 sowie 828 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 BGB
 - 3. Beschränkte Zurechnungsfähigkeit §§ 276 Abs. 1 S. 2, 828 Abs. 3 und Abs. 2 S. 2 BGB
 - 4. Billigkeitshaftung nach § 829 BGB

§ 13 Mängel in der Form der Erklärung

- I. Nochmals: Grundsatz der Formfreiheit
- II. Gesetzliche Formvorschriften
 - 1. Schriftform §§ 126, 127 Abs. 1 und 2 BGB
 - 2. Elektronische Form §§ 126a, 126 Abs. 3, 127 Abs. 1 und 3 BGB
 - 3. Textform §§ 126b, 126 Abs. 3, 127 Abs. 1 BGB
 - 4. Öffentliche Beglaubigung § 129 BGB
 - 5. Notarielle Beurkundung § 128 BGB
 - 6. Annex: Abgabe von Erklärungen vor einer Behörde
- III. Folgen eines Formverstoßes § 125 BGB

§ 14 Inhaltliche Nichtigkeit von Erklärungen

- I. Geheimer Vorbehalt und Scherzgeschäft
 - 1. Geheimer Vorbehalt § 116 BGB
 - 2. Scherzgeschäft § 118 BGB
- II. Scheingeschäft § 117 BGB
- III. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot § 134 BGB
- IV. Verstoß gegen die guten Sitten

1. Allgemeine Sittenwidrigkeit § 138 Abs. 1 BGB
2. Wucher § 138 Abs. 2 BGB

5. ABSCHNITT: Anfechtung von Willenserklärungen und Rechtsgeschäften

§ 15 Anfechtung von Willenserklärungen und Rechtsgeschäften

- I. Begriff der Anfechtbarkeit/ Abgrenzung zur Nichtigkeit
- II. Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Anfechtung
 1. Voraussetzungen
 - a) Anfechtungsgrund § 119, 120, 123 BGB
 - b) Anfechtungserklärung § 143 BGB
 - c) Kein Ausschluss der Anfechtung §§ 121, 124, 144 BGB
 2. Rechtsfolgen
 - a) Rückwirkende Nichtigkeit § 142 BGB
 - b) Ersatz des Vertrauensschadens § 122 BGB (*u.a. negatives und positives Interesse*)
- III. Die Irrtumsanfechtung
 1. Erklärungsirrtum § 119 Abs. 1 2. Alt. BGB
 2. Inhaltsirrtum § 119 Abs. 1 1. Alt. BGB
 3. Eigenschaftsirrtum § 119 Abs. 2 BGB und sonstige Motivirrtümer
 4. Unrichtige Übermittlung § 120 BGB
- IV. Die Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung
 1. Arglistige Täuschung § 123 Abs. 1 1. Alt. BGB
 2. Widerrechtliche Drohung § 123 Abs. 1 2. Alt. BGB
 3. Drohung und Täuschung durch Dritte
 - a) Drohung durch Dritte
 - b) Täuschung durch Dritte § 123 Abs. 2 BGB

6. ABSCHNITT: Das Recht der Stellvertretung

§ 16 Willenserklärungen durch und gegenüber Stellvertretern

- I. Allgemeines zur bürgerlich–rechtlichen Stellvertretung §§ 164 ff. BGB
 1. Stellvertretung nur bei Willenserklärungen
 - a) Rechtsgeschäftliches und rechtsgeschäftsähnliches Handeln ohne Höchstpersönlichkeit
 - b) Aktiv– und Passivvertretung § 164 Abs. 1 und 3 BGB (*u.a. Abgrenzung zur Botenschaft*)
 2. Offenkundigkeit der Stellvertretung § 164 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 BGB
 3. Arten der Vertretungsmacht
- II. Besonderheiten der rechtsgeschäftlichen Vertretungsmacht (Vollmacht)
 1. Erteilung der Vollmacht § 167 BGB (*u.a. Grundsatz der Abstraktheit der Vollmacht*)
 2. Umfang einer bürgerlich–rechtlichen Vollmacht
 3. Erlöschen der Vollmacht § 168 BGB
 4. Probleme des Vertrauensschutzes bei der Vollmacht §§ 170 bis 173 BGB

- a) Insbesondere: Erlöschen, Beschränkungen oder nicht wirksame Erteilung einer Vollmacht §§ 170 bis 173 BGB
- b) Duldungs- und Anscheinsvollmachten
- III. Rechtsfolgen der Stellvertretung
 - 1. Unmittelbarkeitsprinzip § 164 Abs. 1 S. 1 a.E. BGB
 - 2. Repräsentationsprinzip § 166 BGB
- IV. Vertretung ohne Vertretungsmacht
 - 1. Mehrseitige Rechtsgeschäfte §§ 177 bis 179 BGB
 - 2. Einseitige Rechtsgeschäfte § 180 BGB
- V. Inschlaggeschäfte § 181 BGB

7. ABSCHNITT: Verjährung und Verwirkung

§ 17 Verjährung

- I. Begriff
- II. Beginn und Dauer der Verjährungsfristen
- III. Hemmung und Neubeginn der Verjährung
- IV. Rechtsgeschäftliche Vereinbarungen über die Verjährung
- V. Wirkung der Verjährung

§ 18 Verwirkung

- I. Voraussetzungen
- II. Wirkung

8. ABSCHNITT: Bedingung und Befristung

§ 19 Bedingung

- I. Begriff
- II. Aufschiebende und auflösende Bedingungen

§ 20 Befristung

- I. Begriffe Fristen und Termine
- II. Berechnung von Fristen